

Editorial

Das erste Jahr ist vorbei!

Seit November 2016 arbeiten wir als Fraktion im Stadtrat. Ein Jahr mit unzähligen Veranstaltungen, vielen Sitzungen und reichlich Papier.

Zu Beginn des neuen Jahres wollen wir in Form einer Klausurtagung einen Rückblick auf 2017 wagen, feststellen was gut gelaufen ist, wo wir uns noch verbessern können und daraus entwickeln wie wir in das politische Jahr 2018 starten wollen.

Die Einladung zur Klausurtagung folgt im Januar.

Wir wünschen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr!

Allen Mitgliedern der RatsAG möchten wir ein herzliches Dankeschön sagen für die gemeinsame Arbeit!

Giesela, Heidi, Anke und Lars

Kontakte

Für uns im Rat

Giesela Brandes-Steggewentz
(Fraktionsvorsitzende)

0152/56750888

Heidi Reichinnek

0170/4060502

Rückblick Ratssitzung

Die letzte Ratssitzung des Jahres fand am 05.12.2017 statt. Das bestimmende Thema war der Haushalt für das kommende Jahr.

In der Haushaltsaussprache machte unsere Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz noch einmal deutlich, dass die Grenzen der Einsparpolitik der letzten Jahre erreicht sind: Marode Schulen, Vernichtung von kommunalem Vermögen, fehlenden Mittel für den Wohnungsbau und zu wenig Personal in der Stadtverwaltung, sind nur einige der Punkte. So zeigt sich die Politik der Personalkostensenkung der letzten Jahre heute in steigenden Langzeiterkrankungen und Überlastanzeigen des Verwaltungspersonals. Bei Aufträgen und Anfragen an die Verwaltung wird immer öfter die mangelnde Personalkapazität als Bremse für die Umsetzung aufgezeigt. Die jahrzehntelange Unterfinanzierung der Kommunen ist nicht mehr hinnehmbar.

In die Haushaltsverhandlungen der letzten Monate sind wir mit einigen Anträgen gegangen. So forderten wir eine volle Stelle für die Frauenberatung. Hier stieg der Bedarf in den letzten Jahren immer mehr und somit sollte auch mehr Personal eingestellt werden. Ein weiteres Thema für uns war die 100 % Übernahme von Verhütungsmitteln durch die Stadt für Bezieher*innen von Sozialleistungen. Ein weiterer Antrag unserer Fraktion sah vor, dass auch die Beförderung für Schüler*innen ab Klas-

se 10 übernommen wird. Chancengleichheit und kostenloser Zugang zu Bildung von der KiTa bis zur Uni fängt auch bei der Busfahrt zur Schule an. Ein schöner Nebeneffekt: dadurch wird die Attraktivität des ÖPNV gestärkt—mit Verweis auf mögliche Schritte der Landesregierung in diese Richtung wurde unser Antrag abgelehnt, wir werden das Thema weiter im Auge behalten und vom Land die entsprechende Unterstützung einfordern. Abschließend haben wir den Verzicht auf befristete Arbeitsverträge in der Verwaltung gefordert. Unser entsprechender Antrag zum Stellenplan hätte im Rat keine Mehrheit gefunden, soll aber im Personalausschuss konkretisiert werden – so kämpfen wir weiter gegen prekäre Arbeitsbedingungen.

In der Abstimmung zum Gesamthaushalt haben wir uns dann enthalten. Auch wenn dieses Jahr nicht die Konsolidierung an erster Stelle stand, bleibt es bei einer Mangelverwaltung und kaum einer Chance für eine nachhaltige und soziale Stadtentwicklung. Im Haushalt werden stattdessen Mittel zur Unterstützung des Flughafens Münster-Osnabrück in Millionenhöhe eingeplant—das ist und bleibt ein Skandal, vor allem bei der finanziellen Lage der Stadt Osnabrück.

Diesen Punkt griff Heidi Reichinnek in ihrem Abschlussstatement dann noch einmal auf. Verwundert über die allgemein gute Stimmung im Rat, stellte sie klar, dass die finanzielle Lage der Stadt Osnabrück weiterhin eine Katastrophe bleibt. Auch wenn die nun beschlossenen Investitionen in Schulsanierungen zu begrüßen sind, so bleiben doch (...)

Rückblick Ratssitzung (Fortsetzung)

(...) viele andere Bereiche in denen weiterhin das Geld fehlt. Seien es fehlende Investitionen für den Radverkehr oder der gesamte Bereich Soziales. So wurde hier zwar die Stelle zur Koordinierungsarbeit Geflüchtete verlängert, bleibt aber auch weiterhin befristet. Es wird Zeit den Bedarf einer derartigen Stelle in Osnabrück auch für die Zukunft anzuerkennen und die Befristung

zu beenden—wie auch weitere Befristungen beim Personal in der Stadtverwaltung. Auch für Heidi Reichinnek zeigt sich bei den Verhandlungen zum Haushalt, dass die Kommunen hier die Missstände verwalten. Nur weil es aktuell Geld zu verteilen gibt, bedeutet dies nicht, dass die Kommune gut finanziert ist. Bund und Land sind in der Pflicht für eine angemessenen finanzielle Ausstattung der Kommunen zu sorgen.

Bericht aus der Ratssitzung November

Die Ratssitzung am 07.11.2017 begann mit einer aktuellen Stunde zum Thema „Sanierung der Osnabrücker Schulen“. Unsere Ratsfrau Heidi Reichinnek unterstrich in Ihrem Redebeitrag für unsere Fraktion, dass das Problem der maroden Schulen und der chronischen Unterfinanzierung klar ist. Die Einigkeit der Redebeiträge zu dieser fragwürdigen aktuellen Stunde zeigten das auch deutlich. Weiterhin forderte Heidi die Vertreter*innen der verschiedenen Parteien auf, dass Problembewusstsein auch in ihre Parteien zu tragen, um so ein Umdenken auf Landes- und Bundesebene zu erreichen und die finanzielle Ausstattung der Kommunen zu stärken. An Geld mangelt es in Deutschland nicht, wie auch die Veröffentlichung der Paradies Papers Ende Oktober wiederum verdeutlicht haben.

Im Anschluss an die aktuelle Stunde folgte die Beratung zu den Anträgen der Fraktionen. So wurde mit unserer Unterstützung ein inklusiver Stadtplan für Osnabrück beschlossen. Einen gemeinsamen Antrag mit den anderen kleinen Parteien zur Verringerung von Wahlplakaten wurde von der großen Mehrheit der CDU und SPD abgelehnt. Heidi Reichinnek legte hier für unsere Fraktion dar, dass es sowohl aus ökologischen, als auch ästhetischen Gründen sinnvoll wäre, auf eine übermäßige Plakatierung zu verzichten. Es gehe hier nun aber nicht darum Vorgaben zu erlassen, sondern untereinander Vereinbarungen zu treffen. Dazu zeigten sich die Vertreter*innen der CDU und SPD allerdings nicht bereit.

Unsere Fraktion war mit einem Antrag unter dem Titel „Resolution: Sicher nicht! Keine Abschiebungen nach Afghanistan“ in die Sitzung gegangen. Im Verwaltungsausschuss wurde unser Antrag dann aber bereits ohne Diskussion von der Tagesordnung genommen. Unser Ziel war es ein Zeichen aus der Kommune an die neuen Regierungen in Land und Bund zu senden. Andere Kommunen haben in letzter Zeit vergleichbare Resolutionen verabschiedet. Der Umgang der anderen Parteien mit unserem Antrag machte wieder deutlich mit welcher Arroganz den kleinen Fraktionen begegnet wird. Unter dem Argument der Zeitnot hier den einzigen Antrag unserer Fraktion im Hinterzimmer abzusetzen zeugt nicht von mangelndem Demokratieverständnis.

In einem weiteren Antrag, den wir bereits im Stadtentwicklungsausschuss eingebracht hatten, forderte die Linksfraktion die Verwaltung auf, mit Förderung von Bestandssanierung die weitere Mietpreisbindung zu verknüpfen und Arbeitsplätze für Langzeiterwerbslose zu schaffen. Der Ankauf von Belegungsbindungen ist bei der dramatischen Situation auf dem Osnabrücker Wohnungsmarkt zwingen notwendig, jedoch könnte mit einem so erweiterten Programm auch noch unmittelbar von Langzeitarbeitslosigkeit betroffene Menschen geholfen werden. Der Antrag wird derzeit von der Verwaltung bearbeitet.

Weitere Pressemitteilungen und Veröffentlichungen findet ihr auf unserer Website. Im neuen Jahr wollen wir euch in einem Newsletter über das Thema „Wohnen“ umfassender informieren.

Fraktionsgeschäftsstelle

Anke Kuhn und Lars Wöllecke

Zimmer 19

Bierstraße 29/31

Öffnungszeiten:

Mo., Di. u. Do.: 09:00-14:00

Telefon:

0541/323 4595

eMail:

linksfraktion@osnabrueck.de

Online:

Website: linksfraktion-os.de

Twitter: @linksfraktionos

Facebook: Fraktion DIE LINKE. Osnabrück